
Karl Sigmund Mayr (1906–1978)

Steuerberater, Bayern

Peter Crämer / Denise Lindsay



Karl Sigmund Mayr war neben Kaspar Schlör der CSU-Vertreter im Parlamentarischen Rat, der bei der Schlussabstimmung zugunsten des Grundgesetzes votierte. Beide waren der Überzeugung, dass bei den Verhandlungen nicht mehr zugunsten der Länder hatte erreicht werden können. Seine Zustimmung begründete Mayr damit, dass die CDU für die „bayerischen CSU-Freunde Opfer“ ge-

bracht und deren Forderungen nach einem weitgehend föderalistischen Staatsaufbau unterstützt habe. Des weiteren vertrat er die Ansicht: „Der fränkische Volksstamm, der mit seinen ehemaligen freien Reichsstädten in seiner ganzen Geschichte treu zum Reich stand, der keinen Sinn für eine überspitzte bayerische Eigenstaatlichkeit besitzt, wird sich in der Stunde der Not immer zu dem wiedererstehenden Deutschland bekennen und dem Ja seiner Abgeordneten nachträglich zustimmen.“

Der Mittelfranke wurde am 3. Mai 1906 in der ehemaligen freien Reichsstadt Nürnberg geboren. In seiner Jugend wurde der fest in der evangelisch-lutherischen Kirche verankerte Mayr durch die Arbeit im Bibelkreis geprägt. Nach dem Besuch der Oberrealschule studierte er Handels-

und Sozialwissenschaften an der Handelshochschule Nürnberg sowie Staatswissenschaften an der Universität Tübingen. 1929 legte er das Examen als Diplom-Volkswirt ab, seit 1932 war er als selbständiger Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in Nürnberg tätig. 1940 bis 1945 war Mayr Soldat der Wehrmacht. Nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft siedelte er 1946 nach Fürth über, wo er einer der Mitgründer der CSU in der Stadt und im Landkreis war. 1946 war er Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und wurde Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Mittelfranken, ein Amt das er bis 1952 ausübte.

Für die Tätigkeit im Parlamentarischen Rat wurde er von seinem Bezirksverband nominiert. Er war ordentliches Mitglied im Ausschuss für Grundsatzfragen, ordentliches und später – ab der Neuorganisation vom 7. April 1949 – stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Finanzfragen sowie dessen Schriftführer. Außerdem war er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wahlrechtsfragen. Seine Fraktion hatte Mayr auch für den Ältestenrat nominiert, seine Tätigkeit dort ist allerdings nicht belegt.

Als ordentliches Mitglied im Finanzausschuss, wo ihm seine langjährige Tätigkeit als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zugute kam, nahm er regelmäßig an den Sitzungen teil und meldete sich häufig zu Wort. Er setzte sich vor allem für die Interessen der Länder, hier insbesondere Bayerns, ein. So sprach er sich dafür aus, den Ländern neben der Einkommenssteuer auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer zu überlassen. Zusammen mit Kaspar Schlör forderte Mayr in einem Antrag, die Biersteuer als Landessteuer zu deklarieren. Der Antrag wurde allerdings mit sieben gegen drei Stimmen von den anderen Mitgliedern des Finanzausschusses abgelehnt.

An den Sitzungen des Ausschusses für Grundsatzfragen nahm er nur unregelmäßig teil. Hier interessierte sich der Mittelfranke insbesondere für die Ausgestaltung des Pas-

sus zu Neubildung bzw. Neugestaltung von Ländern. Ihm lag daran, dass die Neubildung von Ländern oder Gebietsänderungen durch die neue Verfassung nicht eingeschränkt würde. In der 14. Sitzung am 26. Oktober 1948 sprach Mayr gar die Frage eines eventuellen Beitritts Österreichs an. In der Diskussion um die zukünftige Bundesflagge plädierte er dezidiert dafür, „nicht den alten Flaggenstreit von neuem wachzurufen, sondern etwas Neues zu bringen [...]“. Mayr befürwortete zwar in Anlehnung an demokratische Traditionen die alten Farben Schwarz-Rot-Gold, jedoch in neuer Zusammenstellung mit dem Motiv eines liegenden Kreuzes.

Seine Tätigkeit im Parlamentarischen Rat wurde vom britischen Besatzungsoffizier Rolland Chaput de Saintonge – wohl etwas zu Unrecht – wie folgt charakterisiert: „In company with many of the younger members of the Council, however, he did not come to any great prominence. He was one of the two CSU Members who voted in favour of the Basic Law.“

Mayr wurde von seiner Fraktion neben Paul de Chapeaurouge auch als Mitglied der Kommission nominiert, die die Frage des künftigen Bundessitzes klären sollte. Hier sammelte er Argumente, so Konrad Adenauer in einem Brief an Karl Arnold vom 12. August 1949, für die Wahl Bonns zur Bundeshauptstadt.

Im Anschluss an seine Tätigkeit im Parlamentarischen Rat engagierte sich Mayr weiterhin in der CSU. 1949 trat er bei der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag im Wahlkreis Schwabach an, er erhielt jedoch nicht die notwendige Stimmenzahl, der Wahlkreis ging an die SPD. Von 1950 bis 1953 war er einer der stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, von 1950 bis 1953 sowie von 1955 bis 1957 war er Mitglied des Geschäftsführenden Landesausschusses und von 1955 bis 1957 zweiter Landeschatzmeister seiner Partei.

In der CSU galt Karl Sigmund Mayr, da er dem Grundgesetz zugestimmt hatte, als „unsicherer Kantonist“. Schon zu Zeiten des Parlamentarischen Rates war er von Gruppenbesprechungen der CSU-Mitglieder ausgeschlossen worden, da er nicht die extrem-föderalistische Linie der anderen CSU-Delegationsmitglieder teilte. Er war zunächst Anhänger des fortschrittlichen Flügels um den Parteivorsitzenden Josef Müller, da er in ihm einen besseren Garanten für die von ihm angestrebte Interkonfessionalität der CSU sah. Mayr setzte sich besonders für die Vertretung der protestantischen Interessen innerhalb der CSU ein, er wollte die Partei für die evangelischen Christen wählbar machen. Auch sprach er sich aus diesem Grund gegen eine Fusion der CSU mit der Bayernpartei aus. Ab 1946 wurde er neben August Haußleiter und Johannes Semler einer der Sprecher des evangelischen Flügels innerhalb der CSU. Schon zu Beginn seiner Parteitätigkeit hatte er immer wieder auf Sitzungen des Landesausschusses vor einem Zerfall der CSU gewarnt. Von Zeit zu Zeit sprach er die Möglichkeit an, dass sich die fränkischen Bezirksverbände der CDU anschließen könnten oder die CDU sich in Franken etablieren könnte – eine Drohung, die allerdings nicht umgesetzt wurde. Schon auf dem ersten Bundesparteitag der CDU 1950 in Goslar hatte Mayr als Vertreter der CSU seine Verbundenheit mit der CDU zum Ausdruck gebracht: „Ich bin gekommen, um vor Ihnen ein lautes Bekenntnis dafür abzugeben, wie sehr die CSU Bayerns sich mit der CDU verbunden fühlt. Längst hat es sich in der Zusammenarbeit in der Bundesregierung, im Bundestag und im Bundesrat gezeigt, daß der durch Namensnennung gezogene Strich zwischen CDU und CSU kein Trennungsstrich ist.“ In diesen Worten spiegelt sich seine Überzeugung vom Unionsgedanken wider.

Zunehmend kritisch geworden gegenüber dem Parteivorsitzenden Müller und dessen Kurs, bat er ihn im März

1949 den Parteivorsitz für Hans Ehard frei zu machen – eine Tatsache, die ihm der „Ochsensepp“ nie verzieh. Immer wieder versuchte Mayr im abgekühlten Verhältnis zwischen der protestantischen Landeskirche und der CSU zu vermitteln, um die konfessionellen Spannungen innerhalb der Partei zu entschärfen. Er war Mitglied im sog. Ansbacher Kreis, einem Diskussionskreis, der sich aus Vertretern der Landeskirche und der CSU zusammensetzte. Auch gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Ende 1952/Anfang 1953 ins Leben gerufenen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft der CSU, die im November 1953 in Evangelischer Arbeitskreis umbenannt wurde.

Auch mit dem von ihm bewunderten Konrad Adenauer erörterte Mayr brieflich das Problem der Stellung der evangelischen Christen in der CSU, das ihm sehr am Herzen lag. Adenauer bezeichnete Mayr als seine „Hauptinformationsquelle über die ganzen Dinge in Bayern“ und bat ihn des Öfteren um vertrauliche Schilderungen über interne Vorgänge innerhalb der CSU. Im Oktober 1953, als Adenauer aus Gründen der Koalitionsarithmetik das Amt des Bundespostministers mit einem Protestanten neu besetzen wollte, wandte er sich an Karl Sigmund Mayr und trug ihm die Nachfolge von Hans Schuberth an. Mayr nahm das Angebot – ohne Rücksprache mit den Gremien der CSU – an, was zu einer heftigen Diskussion im Landesvorstand führte. Nach Protesten von Parteifreunden musste Mayr die von ihm gegebene Zusage zurücknehmen, die CSU nominierte den zu diesem Zeitpunkt noch parteilosen Siegfried Balke zum Kandidaten für das Amt des Bundespostministers. Für seine Niederlage machte Mayr Franz Josef Strauß verantwortlich und kündigte daraufhin enttäuscht an, alle seine Parteiämter niederzulegen – ein Schritt, den Adenauer in einem Brief vom 28. Dezember 1954 bedauerte. Bis 1957 zog sich Mayr, der am 19. Juli 1978 in Fürth verstarb, aus allen politischen Ämtern zurück.

In einem Nachruf zum ersten Todestag Mayrs würdigte ihn Werner Dollinger als einen Politiker, dem es gelungen sei „viele evangelische Christen für die Union gewonnen und damit die Union glaubwürdig mitgestaltet zu haben“. Auch sei es ein Resultat seiner Politik und seines Engagements für spezifisch fränkische Interessen, dass die Spannungen zwischen Franken und Altbayern abgebaut worden seien.

Lit.: Werner Dollinger: Treue zum Grundgesetz. Zum 1. Todestag des Mitglieds im Parlamentarischen Rat Karl Sigmund Mayr, in: Das Parlament Jg. 29, Nr. 28/29 vom 14/21. Juli 1979, S. 10.

Nachlass: Archiv für Christlich-Soziale Politik